

mittelbar zu verbrauchen, daß es vielmehr allein erst dem kapitalistischen System entspricht und viel wirtschaftlicher ist, Steuererträge nur als Renten anzusehen oder zur Verzinsung und Tilgung von Anleihekaptalien zu verwenden, mit diesen aber die Wirtschaft zu befruchten. Der eine Vorschlag stammt von Silverberg, der andere von Humar. Silverberg will die Kommunalsschulden mit denen der Länder und des Reiches in eine, letzten Endes auf 15 Milliarden bezifferte einheitliche Reichsschuld zusammenfassen, für deren Verzinsung und Tilgung die Umsatzsteuer zu reservieren wäre. Näheres ist in Nr. 48 des »Deutschen Volkswirt« vom 28. August zu ersehen. Humar, der Präsident der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine, hat in einer Denkschrift die Umwandlung der Hauszinssteuer in eine Rentenschuld vorgeschlagen, die mit dem 10fachen Grundbetrag ablösbar sein sollte, was dem Reich einmalig größere Kapitalien in die Hände bringen, die Wirtschaft aber vom Bau- und Grundstücksmarkt her anturbeln würde. Was eine solche Mobilisierung zu bedeuten hätte, ist klar. Binnenwirtschaftlich könnten damit vielleicht die Auswirkungen der Deflation in einigem Umfang ausgeglichen werden. Die großen Schwierigkeiten, die entgegenstehen, dürfen jedoch nicht verkannt werden. Erweisen sich die Vorschläge als undurchführbar, so bleibt nichts anderes übrig als die rigorose Sparpolitik, die schon eingesetzt hat. Freilich wird man sich dabei eines vor Augen halten müssen: das Zusammenstreichen des Etats allein beseitigt die Krise nicht. Praktisch wäre das nicht viel anders als langsamer Selbstmord. Zur wirklichen Überwindung gehört eine irgendwie konstruktive Politik. Kann der Staat der Wirtschaft nicht helfen noch sich an ihre Stelle setzen — und das erweist sich doch wohl immer deutlicher als unmöglich —, so soll er ihr wenigstens den Weg freigeben, daß sie sich selbst zu helfen versuchen kann. Hier aber tauchen sofort die Forderungen nach Lockerung vor allem des Arbeitsmarktes auf. Noch stehen sich in allen diesen Fragen die Meinungen auch innerhalb der Reichsregierung gegensätzlich gegenüber. Das erklärt die Unsicherheit und Unübersichtlichkeit der Lage. Man sieht noch gar nicht, welche Richtung eingeschlagen werden wird. Spätestens wird ja wohl, wenn der Reichstag Mitte Oktober zusammentritt, Klarheit geschaffen werden müssen. Besser aber wäre es, wenn der Wirtschaft schon vorher, möglichst sofort, ein eindeutiges Programm bekanntgegeben werden könnte. Nichts ist lähmender als Ungeklärtheit. Das Erschlaffen der Unternehmungsfreudigkeit, die Unmöglichkeit, wieder auf mehr oder weniger weite Sicht Entschlüsse zu fassen und Unternehmungen zu wagen, das hat mindestens ebenso sehr wie die Vertrauenskrise zu der wirtschaftlichen Stagnation geführt, die letzten Endes im Nihilismus zu enden droht. Über die Ruhe und Gelassenheit, mit der bisher die Not getragen wird, soll man sich nicht Täuschungen hingeben. Das kann auch schon die Stille des Friedhofs sein. Es wird deshalb schleunigst auf Taten ankommen. Mögen die Verantwortlichen bald den Mut finden, den gordischen Knoten zu durchhauen.

Das Urteil über die augenblickliche Wirtschaftslage faßt der Monatsbericht des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe dahin zusammen:

Infolge des Wiederingankommens des Zahlungsverkehrs konnte sich die Wirtschaftslage im Monat August gegenüber der zweiten Hälfte Juli zwar etwas erholen, im allgemeinen setzte sich jedoch der Zusammenschumpfungsprozess in Industrie und Handel weiter fort. Es wird befürchtet, daß, wenn die in den öffentlichen Haushalten notwendigen Streichungen zu weiterer Zurückziehung von Aufträgen führen, die Wirtschaftslage sich mit beginnendem Winter außerordentlich schwer gestalten wird. Anzeichen hierfür sind auf dem Arbeitsmarkt schon jetzt vorhanden.

Hier ist der Punkt berührt, der auch den Buchhandel ganz besonders interessiert. Namentlich sind es die Zeitschriften, vor allem die wissenschaftlichen und die Fachblätter, die durch die Etatstreichungen aufs schwerste bedroht sind. Die verantwortlichen Stellen können gar nicht ernst genug daran erinnert werden, wie gefährlich ein schematisch-mechanisches Vorgehen auf diesem Gebiet ist. Hoffentlich gelingt es, ihnen diese Zusam-

menhänge klar zu machen. Der Buchhandel selbst beschäftigt sich mit der Frage bereits seit langem sehr eingehend und wird sicherlich von sich aus nichts unterlassen, was in seinen Kräften steht. Aber es geht nicht nur um buchhändlerische Interessen. Kulturpolitisch steht viel mehr auf dem Spiele. Erinnerung sei an den schon vor Monaten ergangenen Aufruf Leipziger Hochschullehrer (Bbl. vom 26. März 1931), auch an einen Aufsatz des Verfassers Anfang des Jahres in der »Minerva«. Dort waren die Gefahrenpunkte klar herausgearbeitet. Gewiß ist die allgemeine Not groß und erfordert allseits Opfer. Aber Schematismus und Kurzsichtigkeit brauchen nicht noch vermeidbare Schäden zu vergrößern und herauszufordern. — Über die Lage im Einzelhandel berichtet im übrigen die genannte Quelle des besondern noch wie folgt:

Nach der vorübergehenden Belebung des Geschäfts, die manche Zweige des Einzelhandels im Vormonat im Zusammenhange mit den Vorgängen auf dem Geldmarkt zu verzeichnen hatten, ist im August das Geschäft allenthalben wieder sehr still geworden. Die Verbraucher hielten in Erwartung von weiteren Preisrückgängen und Zwangsverkäufen mit ihren Einkäufen stark zurück und beschränkten sich auf den Einkauf des Notwendigsten in den billigsten Preislagen. Auch die Kürzung der Gehälter und Löhne wirkte sich fühlbar in einem Rückgang der Umsätze aus. Selbst die Saisonverkäufe vermochten das Geschäft nicht wesentlich anzuregen. Infolgedessen blieben die Umsätze meist, wenn auch nicht überall, hinter denen des Vormonats und des gleichen Monats im Vorjahr erheblich zurück. Die geringen Umsätze aber machten es dem Einzelhandel immer schwerer, seinen eigenen vielfachen Verpflichtungen nachzukommen, zumal die Außenstände infolge der Kürzung und neuerdings der ratenweisen Auszahlung von Gehältern und Löhnen noch schwerer und langsamer eingehen als früher. Beunruhigend wirkten die hohen Verzugszuschläge für Steuern und die hohen Zinsen für Leihkapital, mit dem der Einzelhandel zu arbeiten gezwungen ist. Geklagt wird in steigendem Maße über die Höhe der Ladenmieten, die bei dem schlechten Geschäftsgang als drückend und in vielen Fällen den Fortbestand des Geschäftes in Frage stellend bezeichnet und empfunden werden.

Auch dieses Bild entspricht dem im Buchhandel. Die Diskontsenkungen haben inzwischen ja ein wenig Erleichterung gebracht. Aber die Lasten sind immer noch zu schwer. Wie die Umsatzentwicklung sich im einzelnen gestaltet, ist vielleicht am besten an Hand der Berichte aus dem Warenhaushandel zu erfahren. Der Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser ist u. a. zu entnehmen: Die Bekleidungsumsätze der Warenhäuser lagen im Juli um rund 18,5% unter Vorjahrshöhe. Dieses Ergebnis beruht vor allem auf dem starken Rückgang der Damen- und Mädchenkleidung (um rund 22,5%), während die Umsätze von Herren- und Knabenkleidung sich weiterhin verhältnismäßig günstig entwickelt haben. Sie liegen wertmäßig etwa auf Vorjahrshöhe. Bei der Senkung der Preise bedeutet dies eine beträchtliche Steigerung des Mengenabsatzes. — Bei Damenwäsche lagen die Umsätze um rund 36%, bei Herrenwäsche um rund 21% unter denen der gleichen Vorjahrszeit. Der Absatz von Baumwollwaren scheint sich gegenüber den Vormonaten etwas erhöht zu haben, während bei Seide und Samt ein weiterer Rückgang zu beobachten ist. — In Schuhwaren lag der Umsatz um rund 13,5% unter Vorjahrshöhe. Bei Berücksichtigung der Preisbewegung dürften die mengenmäßigen Veränderungen nur gering sein. — Die Umsätze von Hausrat und Möbeln blieben um rund 4% gegenüber dem Vorjahr zurück. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung ist wohl aus einer Abwanderung der Kunden aus den Spezialgeschäften in das Warenhaus zu erklären. Daneben dürfte im Juli die »Flucht in die Sachwerte« in diesen Abteilungen eine gewisse Rolle spielen. — Die Umsätze von Nahrungs- und Genussmitteln im Juli sind sehr stark (um rund 15,5%) zurückgegangen. Bisher hatten sich diese Abteilungen als sehr widerstandsfähig erwiesen. Die schon seit vielen Monaten anhaltende Depression in der Umsatzfähigkeit des Einzelhandels wurde Mitte Juli, als die Krise des Vertrauens im Inlande zu Bank und Währung akut wurde, an einigen Stellen durchbrochen. In den verschiedenen Ausstattungszweigen war für kurze Zeit eine gewisse Geschäftsbelebung zu beobachten. Daß diesen Vorgängen im ganzen keine große